

Eine Untersuchung mit Nebengeschmack

Ammann-Gruppe Politiker zweifeln an der Unabhängigkeit der Berner Behörden – diese wehren sich



Johann Schneider-Ammann: Die Berner Steuerverwaltung untersucht die Offshore-Konstrukte der Ammann-Gruppe.

KEYSTONE

VON LORENZ HONEGGER
UND RINALDO TIBOLLA

Die Berner Steuerverwaltung spielt im Fall Ammann eine Doppelrolle: Sie war es, die die Offshore-Konstrukte der Ammann-Gruppe einst für zulässig befand. Sie ist es, die jetzt die Legalität der Konstrukte überprüft. Die zentrale Frage lautet: Hat der Baukonzern unter der Ägide des früheren Konzernchefs und heutigen Volkswirtschaftsministers Johann Schneider-Ammann illegal Steuern optimiert? Alles andere als ein klares Nein als Antwort wäre verheerend für den FDP-Bundesrat.

Linke und rechte Wirtschaftspolitiker finden, die Berner Steuerverwaltung sei zu stark in den Fall involviert, um die politisch brisante Frage abschliessend zu beantworten.

Die Baselbieter SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer sagt, die Berner Behörden müssten den Fall zwar noch einmal überprüfen. Aber: «Es ist genauso zwingend, dass die eidgenössische Steuerverwaltung eine eigene Überprüfung

durchführt.» Schärfer formuliert es der Zürcher SVP-Nationalrat Hans Kaufmann: «Die Untersuchung der Steuerverwaltung ist ein Witz. Eine unabhängige Stelle sollte sich dem Fall annehmen.» In der Sache stellt er sich ausdrücklich hinter Schneider-Ammann: «Wenn er keine Steueroptimierungen gemacht hätte, wäre er ein schlechter Unternehmer gewesen.» Kaufmanns Berner Parteikollege Rudolf Joder findet ebenfalls: «Eine rasche und unabhängige Überprüfung liegt im Interesse von Bundesrat Schneider-Ammann.» Und die Berner SP-Nationalrätin und Anwältin Margret Kiener Nellen plädiert für eine Zweitüberprüfung durch die kantonale Finanzkontrolle.

Steuerverwaltung wehrt sich

Bruno Knüsel, Chef der Berner Steuerverwaltung, verwahrt sich ge-

gen Zweifel an der Unabhängigkeit seiner Behörde. Die Abteilungen Qualitätskontrolle und Veranlagung seien «völlig unabhängig voneinander», sagt er. Die Steuerverwaltung führe «über das ganze Jahr hindurch» Überprüfungen von früheren Veranlagungen durch. Von Kiener Nellen's Vorschlag hält er wenig: «Die Finanzkontrolle ist kein Steuerfachgremium und hat andere Aufgaben als die fachliche Beurteilung von Steuerdosiers.»

Rechtlich befindet sich Knüsel mit dieser Argumentation auf der sicheren Seite. Die Zuständigkeit für die Überprüfung der Bücher der Ammann-Gruppe liege eindeutig bei der Steuerverwaltung, sagt Peter Hänni, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Freiburg. Es sei unüblich, Dritte einzubeziehen. «Das würde zu einer Läh-

mung sämtlicher Verwaltungsaktivitäten führen», sagt er.

Laut dem Solothurner CVP-Ständerat Pirmin Bischof gibt es aber eine Ausnahme: «Wenn der Verdacht besteht, dass es in der Steuerverwaltung zu Unregelmässigkeiten kam, müsste ein externes Gutachten erstellt werden.»

Ergebnis unter Verschluss

Was auch immer die Untersuchung zutage fördert: Das Ergebnis bleibt unter Verschluss. «Wir werden aufgrund des Steuergeheimnisses nur den Steuerpflichtigen informieren», sagt Steuerverwalter Knüsel. Dieses gelte für alle Steuerpflichtigen – also auch für Bundesräte.

Somit liegt die Veröffentlichung der Ergebnisse im Ermessen der Ammann-Gruppe und ihres früheren Konzernchefs. Sein Kommunikationschef Ruedi Christen sagt auf Anfrage nur: «Bundesrat Schneider-Ammann wird mit dem Ergebnis der Untersuchung offen umgehen.» Ob er damit offenlegen meint, lässt er unbeantwortet.

«Sieht aus, als wäre Aussitzen Schneider-Ammanns Strategie»

VON MANUEL BÜHLMANN

Louis Perron, Bundesrat Johann Schneider-Ammann gerät wegen der Steueroptimierung der Ammann Gruppe zunehmend unter Druck. Dennoch weist er Interviewanfragen zurück und tritt nicht öffentlich auf, um die Hintergründe zu erklären. Verhält er sich richtig?
Louis Perron: Juristisch ja, kommunikativ nein. Er versucht offenbar, möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten, indem er kaum Auskunft gibt. Es sieht aus, als wäre Aussitzen seine Strategie. Aus kommunikativer Perspektive ist das aber falsch. Es sei denn, die Faktenlage ist schlimmer, als bisher öffentlich bekannt ist.

Lässt sich eine Affäre einfach aussitzen?

Das ist in der Regel schwierig, weil ein Bundesrat nicht ewig abtauchen kann. Ob die Strategie funktioniert, hängt davon ab, wie lange die Steuerbehörde für die Überprüfung der Fälle hat. Johann Schneider-Ammann spekuliert

«Keinen Kommentar deuten viele Leute intuitiv als Schuld eingeständnis.»

Louis Perron, Politberater

wohl darauf, dass die Ergebnisse bald vorliegen. Wenn aber weiterhin regelmässig neue Details ans Licht kommen, ist eine Entspannung der Lage nicht in Sicht.

Wie wirkt sich eine zurückhaltende Kommunikation auf die öffentliche Meinung aus?

Keinen Kommentar deuten viele Leute intuitiv als Schuld eingeständnis. Deshalb macht es oftmals Sinn, offensiv zu kommunizieren.

Politiker fordern von Schneider-Ammann, dass er sich den Fragen der Medien stellt. Würden Sie ihm das auch raten?

Es ist nicht immer sinnvoll, vor die Medien zu stehen. Wer von einer Frage überrascht wird, kann schnell unsouverän wirken – entsprechend gross ist der Schaden. Die negativen Auswirkungen des Nichtssagens lassen sich hingegen besser abschätzen.

Von einer Pressekonferenz würden Sie ihm also abraten?

Ja, vor der ganzen Meute ist es in diesem Fall nun wohl schwierig, die Kontrolle zu halten. Am besten geeignet wäre ein Zeitungsinterview, weil dieses gegengelesen werden kann. Ein Live-Gespräch im Fernsehen ist wohl weniger empfehlenswert.

Wird der Wirtschaftsminister die Affäre unbeschadet überstehen?

Einen Imageschaden muss er ganz sicher in Kauf nehmen, auch wenn sich die Steuerpraktiken als legal herausstellen. Die Frage ist, ob er politisch überlebt.

Warum?

An einen Bundesrat haben die Leute höhere moralische Ansprüche als an andere Unternehmer. Dazu kommt in diesem Fall eine Diskrepanz zwischen der Art, wie er sich als Patron sowie als Kämpfer für den Werkplatz Schweiz inszeniert hat, und der Steueroptimierung als Unternehmer im Ausland. Das findet die Öffentlichkeit komisch.



Louis Perron (37) ist Politologe und führt in Zürich eine politische Beratungs-firma. Er plant unter anderem Wahlkämpfe.

«Hier geht es nicht um Moral und Ethik»

Steuer-Affäre FDP-Präsident Philipp Müller äussert sich zu den Vorwürfen an Bundesrat Johann Schneider-Ammann und warnt vor einer Vorverurteilung.

VON MANUEL BÜHLMANN

Philipp Müller, Bundesrat Johann Schneider-Ammann wird von verschiedener Seite kritisiert, weil er sich den Fragen der Öffentlichkeit zur umstrittenen Steueroptimierung bei der Ammann-Gruppe nicht stellt. Ist Abtauchen nicht die falsche Strategie?

Philipp Müller: Wie und wann er kommuniziert, ist sein Entscheid. Am Mittwoch hat er angekündigt, dass er spätestens dann öffentlich Stellung nehmen wird, wenn die Prüfung der Berner Steuerbehörden abgeschlossen ist. Das finde ich korrekt.

Doch auch wenn die Behörden zum Schluss kommen, dass alles legal



Philipp Müller nimmt Bundesrat Schneider-Ammann in Schutz. HO

war. Ist Steueroptimierung im Ausland für einen Bundesrat moralisch vertretbar?

Hier geht es nicht um Moral und Ethik, sondern um die Frage, ob die Ammann-Gruppe die Gesetze eingehalten hat oder nicht.

Und davon gehen Sie aus?

Es gibt keinen Grund, an der Seriosität der Berner Steuerbehörden zu zweifeln. Die Ammann-Gruppe hat ja vorgängig bei den zuständigen Behörden die Bewilligung eingeholt.

Nun melden sich Politiker zu Wort, die Schneider-Ammann für nicht mehr tragbar halten. Können Sie die heftigen Reaktionen nachvollziehen?

Das ist das übliche Skandalisierungsszenario, das zu erwarten war. Es ist aber nicht richtig, Ereignisse, die Jahre zurückliegen, ohne Kenntnis der Hintergründe zu beurteilen. Als sich die Wertvorstellungen hierzulande veränderten und die Berner Steuerbehörden attraktive Lösungen ermöglichten, hat die Ammann-Gruppe 2009 die betreffenden Geschäftszweige vom Ausland wieder in die Schweiz verlegt.

Johann Schneider-Ammann ist für Sie also als Wirtschaftsminister weiterhin tragbar?

Selbstverständlich. Was jetzt stattfindet, ist ein Kesseltreiben. Er wird vorverurteilt – ohne das Ergebnis der Prüfung durch die Berner Steuerbehörde abzuwarten. Das ist unschweizerisch und unfair.

Die Steuerpraxis der Ammann-Gruppe wird von den zuständigen Behörden intern untersucht. Müsste diese Überprüfung nicht durch eine unabhängige, externe Stelle geschehen?

Dass die damaligen Vorgänge intern abgeklärt werden, ist absolut korrekt. Die Steuerbehörde muss nun prüfen, ob das Unternehmen die Vorgaben so umgesetzt hat, wie sie damals besprochen worden sind.

@ ausserdem zum Thema

Den «Fokus» mit Philipp Müller von Tele M1 finden Sie online.